

Der Newsletter von Armand Zorn, Mitglied des Deutschen Bundestages

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Juni 2022

~~§ 219a~~

**DIE ÜBERFÄLLIGE STREICHUNG IST
ENDLICH BESCHLOSSEN!**

WIE BEGEGNEN WIR DER HOHEN INFLATION?

Meine Rede zum Antrag der Fraktion DIE LINKE

PIZZA & POLITIK IM GRÜNEBURGPARK

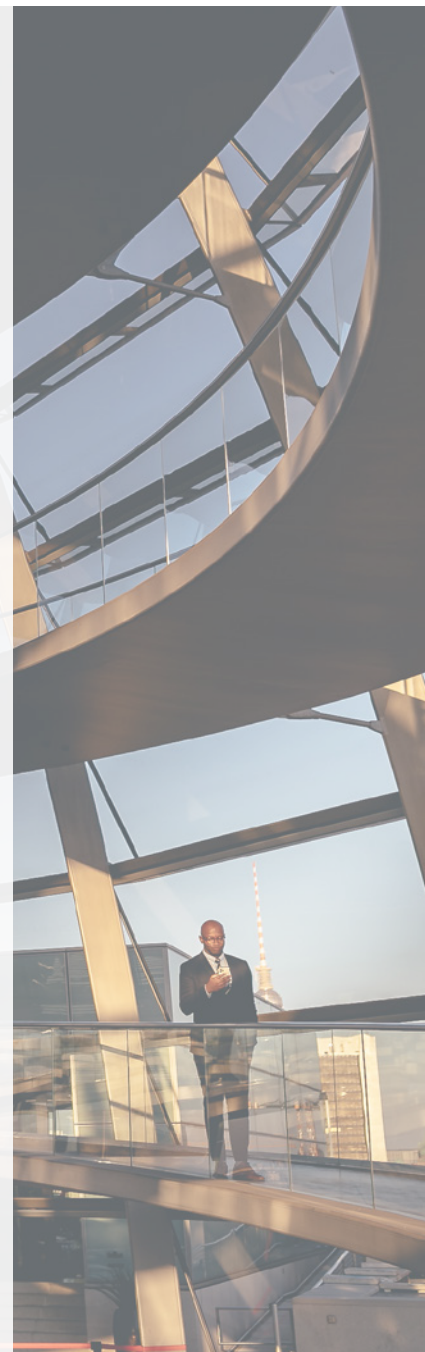
Spannende Gespräche mit jungen

Frankfurter*innen

INHALTSVERZEICHNIS

Juni 2022

AG Digitales in Brüssel	04
Dienstreise zum Austausch mit europäischen Akteur*innen	
Bericht aus dem Finanzausschuss	05
Aktuelle Entwicklungen im ECOFIN-Rat und der Eurogruppe	
Wie begegnen wir der hohen Inflation?	06
Meine Rede zum Antrag der Fraktion DIE LINKE	
Abschaffung des §219a	07
Langjährige Forderung wird Realität	
Frankreich unregierbar?	08
Schwierige Mehrheiten im Französischen Parlament	
Mehr Erwerbsminderungsrente, mehr Fairness	09
Erhöhung der Erwerbsminderungsrente ist beschlossen	
Bundeshaushalt 2022 beschlossen	10
So profitiert Frankfurt vom Bundeshaushalt 2022	
Pizza & Politik im Grüneburgpark, Frankfurt am Main	11
Spannender Austausch mit jungen Frankfurter*innen im Park	
Gespräch mit der KAV	12
Zu Gast bei der Kommunalen Ausländervertretung (KAV)	
Neues Dokumentationszentrum zur NS-Zeit in Berlin	13
„Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“	
Mein Praktikum bei Armand Zorn	14



15

Wahlkreistour Juli 2022

Ich bin im Juli wieder in Frankfurt unterwegs, um Sie kennenzulernen und mich mit Ihnen auszutauschen. Genaue Daten und Orte finden Sie im Artikel und auf [meiner Website](#).



Liebe Leser*innen,

im Juni haben wir im Bundestag den Haushalt der Bundesregierung für das Jahr 2022 beschlossen. Durch die Bundestagswahl im vergangenen Jahr wurde der Haushalt für das laufende Jahr später verabschiedet als üblich. Mit umfangreichen Investitionen insbesondere in den Bereichen Klimaschutz, Energiewende, Mobilität und Digitale Infrastruktur wollen wir unser Land zukunftsfest machen. Nach zwei Jahren der Pandemie, die zu einem Absinken der Steuereinnahmen und einem Anstieg der Ausgaben führten, ist das durchaus eine große Kraftanstrengung. Der Haushalt beinhaltet nicht nur abstrakte Zahlen, sondern hat einen großen Einfluss auf das Leben von uns allen. Wer sich mehr mit dem Bundeshaushalt beschäftigen möchte, findet [hier weitere Informationen und Erläuterungen](#).

Aus der Vielzahl der Themen und Aktivitäten, mit denen sich die Bundespolitik allgemein und ich mich ganz persönlich in den letzten Wochen beschäftigte, informiere ich auf den nachfolgenden Seiten. Darunter sind ganz bewusst auch Themen, die in den Medien vielleicht weniger präsent sind. An einigen Beispielen lässt sich dabei vielleicht auch erkennen, dass Beschlüsse aus Berlin viel mit unserem Leben in Frankfurt zu tun haben können.

Übrigens, während der parlamentarischen Sommerpause bin ich in den nächsten Wochen wieder in vielen Stadtteilen meines Wahlkreises. Ich würde mich freuen, wenn ich dabei einige von Euch/Ihnen persönlich treffe! Eine Liste der Termine und Orte meiner nächsten „Wahlkreis-Tour“ im Juli findet sich sowohl in diesem Newsletter als auch auf [meiner Internetseite](#).

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre und freue mich wie immer über Feedback, Kommentare und Meinungen.

Mit freundlichen Grüßen,
Armand Zorn, MdB



AG DIGITALES IN BRÜSSEL



Commission européenne
Europese Commissie



Jede Fraktion im Bundestag hat für jeden Ausschuss eine Arbeitsgruppe (AG), die die Ausschussarbeit vorbereitet – so auch der Ausschuss für Digitales.

Wie in vielen anderen Themengebieten werden die Inhalte im Digitalausschuss gemeinsam von der europäischen Ebene und der nationalen Ebene gesteuert. So wurde beispielsweise das Gesetz über digitale Dienste (DSA) zunächst zwischen der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament sowie den Vertreter*innen der Mitgliedstaaten im Rat ausgehandelt. Nach der Fertigstellung der Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten der EU ihre nationalen Gesetze anpassen. Im konkreten Fall des DSA muss in Deutschland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz grundlegend überarbeitet werden. Hier spielt natürlich der Ausschuss für Digitales eine tragende Rolle.

Im politischen Prozess sind die europäische und die deutsche Ebene also eng miteinander verzahnt. Eine enge Verzahnung der politischen Akteure beider Ebenen ist daher extrem wichtig.

Deshalb hat die AG Digitales der SPD-Bundestagsfraktion im Juni eine Dienstreise nach Brüssel unternommen. Hier hatten wir Gelegenheit, uns mit unseren europäischen Parlamentarier*innenkolleg*innen, Thinktanks, Kabinettsmitgliedern aus der europäischen Kommission sowie europäischen Lobbyist*innen auszutauschen.

Für mich war es besonders spannend, die Analyse meiner Kolleg*innen Birgit Sippel, René Repasi und Jens Geier zum Artificial Intelligence Act (AI-Act), also dem europäischen Regulierungsrahmen für künstliche Intelligenz, zu hören. Der Bereich KI steht in engem Zusammenhang mit meinem zentralen Thema im Ausschuss für Digitales,

nämlich mit den Auswirkungen von künstlicher Intelligenz auf Arbeitnehmer*innen und ihre Lebensrealitäten. Ich freue mich auf den gemeinsamen Kampf für den Schutz der Grundrechte und auf eine enge Zusammenarbeit mit den europäischen Kolleg*innen.

In besonders guter Erinnerung ist außerdem der Austausch mit Ben Hiller geblieben. Er ist beim internationalen Stab der NATO für Cyberabwehr zuständig und hat uns – vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – Einblicke in seine Arbeit gewährt.

Neben dem fachlichen Austausch, war es nach einer langen Phase des digitalen und hybriden Arbeitens auch ausgesprochen schön, die Abgeordneten und Mitarbeiter*innen der AG Digitales mal ‚live‘ zu erleben.



Foto: Florian Gaertner, photothek

BERICHT AUS DEM FINANZAUSSCHUSS

In diesem Monat möchte ich Ihnen und Euch einen Einblick geben in die Berichterstattung zu den regelmäßig stattfindenden Treffen der Eurogruppe und des ECOFIN (Economic and Financial Affairs Council configuration)-Rates. Als Mitglied des Finanzausschuss erhalte ich die Vorberichte und Nachberichte der Treffen. Außerdem berichtet auch die Parlamentarische Staatssekretärin aus dem BMF zu den regelmäßig stattfindenden Treffen und stellt sich im Ausschuss den Fragen der Abgeordneten.

Als ECOFIN wird der Rat der Europäischen Union in der Zusammensetzung „Wirtschaft und Finanzen“ bezeichnet. Dem ECOFIN-Rat gehören die Wirtschafts- und Finanzministerinnen und Finanzminister der Mitgliedstaaten der EU an. Der ECOFIN Rat tagt in der Regel elfmal pro Jahr. Zweimal im Jahr sind diese Treffen informell, das heißt die Mitgliederinnen und Mitglieder

tauschen sich lediglich aus, treffen aber keine formalen Beschlüsse. Der ECOFIN-Rat befasst sich vor allem mit folgenden Themen: Wirtschaftspolitische Koordinierung und Überwachung, Überwachung der Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten, rechtliche, praktische und internationale Aspekte des Euros, Steuerpolitik, Finanzmärkte und Kapitalverkehr sowie Wirtschaftsbeziehungen zu Drittländern, und dem EU-Haushalt.

Die Eurogruppe ist ein informelles Gremium der EU. Sie besteht aus den jeweiligen Ministerinnen und Ministern der Euro-Mitgliedstaaten, die für Finanzen zuständig sind. Der/ die Präsident/in der Eurogruppe wird durch die Ministerinnen und Minister für zweieinhalb Jahre gewählt. Seit Juli 2020 ist der Präsident der irische Finanzminister Paschal Donohoe. Die Eurogruppe wurde 1997 ins Leben gerufen, um die besonders enge wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der

Euro-Mitgliedstaaten zu unterstützen. Sie bespricht und koordiniert Fragen, die im Zusammenhang mit dem Euro und der gemeinsamen europäischen Währungsunion stehen. Zu den Themengebieten zählen: Der Euro in all seinen Facetten, Haushaltspolitische Überwachung der Euro-Mitgliedstaaten, wirtschaftspolitische Überwachung der Euro-Mitgliedstaaten, Stabilität in der Eurozone und Fragen der Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.

Das letzte Mal kamen Eurogruppe und der ECOFIN-Rat am 16. und 17. Juni zusammen. Beim letzten Treffen der Eurogruppe war ich insbesondere interessiert an Neuigkeiten über die Weiterentwicklung der Bankenunion. Es wurde jedoch keine weitere Einigung zu den verbleibenden Elementen der Bankenunion gefunden (insbesondere der Einlagensicherung und der Obergrenze für Staatsanleihen in Bankenbilanzen). Damit bleibt die Bankenunion erst einmal weiterhin unvollständig. Die Ministerinnen und Minister haben vereinbart, die Diskussionen zu diesen Elementen im Anschluss an die Stärkung des Krisenmanagementrahmens wieder aufzugreifen.

WIE BEGEGNEN WIR DER HOHEN INFLATION?

Am 23.06.22 durfte ich im Plenum zu einem Antrag der Fraktion DIE LINKE, zum Aussetzen der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel als Reaktion auf die hohe Inflation, sprechen.

Ich habe dabei betont, dass wir mit keiner regulären Inflation, wie aus dem Lehrbuch, konfrontiert sind. Wir als Parlament müssen uns nun mit der Frage beschäftigen, mit welchen finanzpolitischen Maßnahmen wir der Inflation entgegenwirken und Bürger*innen entlasten wollen.

Dabei wurden bereits eine Reihe an Vorschlägen geäußert, eines ist allerdings sicher: Konsum und Investitionen sind nicht nennenswert gestiegen, sie zu bremsen wäre der falsche Ansatz. Stattdessen braucht es strukturelle, durchdachte und großflächige Maßnahmen, welche die Inflation bekämpfen und parallel hierzu die Wirtschaft stützen.

Zwei Stellschrauben sehe ich hierfür als besonders geeignet:

1. Um den Schock auf die Energiepreise zu reduzieren, müssen wir unsere Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen aus Russland und anderen Ländern reduzieren und den Ausbau erneuerbarer Energien massiv beschleunigen. Das erhöht das Angebot, macht uns unabhängig und senkt die Preise.

2. Es braucht Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Engpässe auf der Angebotsseite dauerhaft beseitigt werden und dafür müssen wir zum Beispiel unsere Lieferketten diversifizieren.

Das muss auch begleitet werden von Investitionen in Infrastruktur und Maßnahmen zur Gewinnung von Fachkräften.

Voreilige Schlüsse aus der Inflation zu ziehen bringt den Bürger*innen vielleicht kurzfristig finanzielle Hilfe, fasst das Problem allerdings nicht an der Wurzel - so meine Überzeugung.

Die Rede gibt es als [Video auf meiner Website](#).

§219a

Vor wenigen Tagen hat der Bundestag die längst überfällige Streichung von § 219a beschlossen. Damit wird ein wichtiges Zeichen einer modernen Gesellschaftspolitik der Regierungskoalition gesetzt und eine langjährige Forderung der SPD und vieler Menschen aus der Zivilgesellschaft und Wissenschaft wird endlich Wirklichkeit.

Bei dem sogenannten „Werbeverbot“ für Schwangerschaftsabbrüche in § 219a StGB ging es ja nie wirklich um „Werbung“ im eigentlichen Wortsinn, sondern es führte bisher dazu, dass Ärzt*innen für die öffentliche Verbreitung sachlicher Informationen über rechtmäßige Schwangerschaftsabbrüche (z.B. welche medizinische Methode sie anwenden und wie diese funktioniert) bestraft werden können. Es ist notwendig und längst überfällig, dass sich ungewollt schwangere Frauen in einer gleichberechtigten Gesellschaft des 21. Jahrhunderts gerade bei dafür besonders qualifizierten Ärzt*innen sachlich informieren können.

Stärkung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen

Die Streichung von § 219a StGB stärkt die reproduktive Selbstbestimmung von Frauen. Frauen, die ungewollt schwanger sind, stehen frühzeitig alle Informationen bereit, um selbstbestimmt eine Entscheidung treffen zu können. Zu einer guten und zeitgemäßen medizinischen Versorgung gehört ein ungehinderter öffentlicher Zugang zu verlässlichen sachlichen Informationen. Ärzt*innen, die selbst Schwangerschaftsabbrüche durchfüh-

ren, können aufgrund ihrer besonderen Vertrauensstellung und ihrer Fachkenntnis und Praxis besonders gut über Schwangerschaftsabbrüche informieren. Diese Informationen setzen auch unlauteren Informationsquellen von Abtreibungsgegner*innen etwas entgegen.

Rehabilitation verurteilter Ärzt*innen

Die Kriminalisierung von Informationen über eine legale Leistung zur Erfüllung eines staatlichen Versorgungsauftrages ist widersprüchlich und ungerecht. Die wegen §219a StGB verurteilten Ärzt*innen verdienen nicht Strafverfolgung, sondern gesellschaftliche Anerkennung dafür, dass sie ihre Patientinnen in einer schwierigen Situation durch Aufklärung unterstützt haben. Deswegen werden durch das Gesetz die Strafurteile, die aufgrund des Werbeverbots für Schwangerschaftsabbrüche seit dem 3. Oktober 1990 ergangen sind, aufgehoben.

Keine Missbrauchsmöglichkeiten für radikale Abtreibungsgegner*innen

Die Aufhebung des § 219a StGB verbessert die Rechtssicherheit für Ärzt*innen. Abtreibungsgegner*innen können die Vorschrift nicht wie in der Vergangenheit für Einschüchterungsversuche von Ärzt*innen missbrauchen. Denn die fast 100 Jahre alte Strafvorschrift erlangte ihre Bedeutung erst ab dem Jahr 2015 durch vermehrte missbräuchliche Strafanzeigen durch radikale Abtreibungsgegner*innen, die zu öffentlichkeitswirksamen Verurteilungen von Ärzt*innen führte.

Damit durch eine Änderung der jeweiligen Berufsordnung durch die Ärztekammern auf Landesebene sachliche Informationen nicht wieder beschränkt werden, wird im Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) ein ausdrückliches Informationsrecht eingefügt. Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen, Krankenhäusern sowie Ärzt*innen - aber auch Dritten -, ist es danach gestattet, auch öffentlich sachlich und berufsbezogen über die Vornahme von legalen Schwangerschaftsabbrü-

chen zu informieren. Sachliche Informationen über Arzneimittel, die bei medikamentösen Schwangerschaftsabbrüchen verwendet werden, sollen ebenfalls rechtssicher möglich sein. Dazu wird klargestellt, dass auch das Heilwerbe-gesetz rein sachlichen Informationen nicht entgegensteht.

Regelung anstößiger Werbung

Das Gesetz nimmt die Gefahr unangemessener Werbung in den Blick und erweitert den Anwendungsbereich des Heilmittelwerbe-gesetzes. So gelten die bewährten Beschränkungen für Heilmittelwerbung auch im Hinblick auf Schwangerschaftsabbrüche. Irreführende Werbung und bestimmte Formen anstößiger Werbung wie beispielsweise Preisausschreiben bleiben weiterhin sanktioniert. Anpreisende und vergleichende Werbung ist für Ärztinnen und Ärzte nach dem Berufsrecht sowieso schon verboten und kann von den Ärztekammern beispielsweise mit Bußgeldern geahndet werden.

Schutz des ungeborenen Lebens

Die Streichung von § 219a StGB hat keine Auswirkung auf das verfassungsrechtliche Schutzkonzept für das ungeborene Leben. In seinen ausführlichen Entscheidungen zum Schwangerschaftsabbruch erwähnt das Bundesverfassungsgericht die Vorschrift an keiner Stelle. Vielmehr stärkt der Zugang zu sachlichen Informationen eine selbstbestimmte Entscheidung der Schwangeren.

Wie geht es weiter?

Mit dieser wichtigen Entscheidung ist es aber noch nicht getan. Nach unserer Meinung hat der Schwangerschaftsabbruch im Strafgesetzbuch nichts zu suchen. Deshalb haben wir auch im Koalitionsvertrag vereinbart: „Wir setzen eine Kommission zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin ein, die Regulierungen für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches sowie Möglichkeiten zur Legalisierung der Eizellspende und der altruistischen Leihmutter-schaft prüfen wird.“ Wir bleiben also dran an dem Thema!



UNREGIERBAR?

Zum ersten Mal seit 1997 hat der französische Präsident keine absolute Mehrheit in der französischen Nationalversammlung. Das Ergebnis der Parlamentswahl im Juni 2022 ist eine Herausforderung für das politische System Frankreichs und erschwert die Regierungsbildung. Aber es verdeutlicht auch das Bedürfnis der Bürger*innen nach einer Verfassungsreform.

Das Mehrheitswahlrecht hat jahrzehntelang kleinere Parteien systematisch benachteiligt. Somit waren politische Kräfte, die in der französischen Gesellschaft stark verankert waren, nicht im Parlament vertreten. Mit dem Wahlergebnis hat nun die politische Realität das System eingeholt. Angesichts der aktuellen Herausforderungen bedarf es mehr Kooperation und Zusammenarbeit zwischen den politischen Kräften.

Die besagte Verfassungsreform würde für eine bessere Repräsentation der Bürger*innen sorgen und somit das Vertrauen in die Politik erhöhen. Im Interview mit France 24 hatte ich Gelegenheit, das Wahlergebnis zu kommentieren. Wer Französisch spricht, kann das [Interview im Twitter-Feed von Le Débat – France 24 anschauen](#).



Le Débat – France 24

@DebatF24

"Il faut une réforme constitutionnelle" estime @ArmandZorn, député allemand @spdbt

** Es braucht eine konstitutionelle Reform, sagt Armand Zorn, Abgeordneter der SPD Bundestagsfraktion*



8:49 PM · Jun 20, 2022 · TweetDeck



MEHR ERWERBSMINDERUNGSRENTE MEHR FAIRNESS

Wer durch einen Unfall oder schwere Krankheit nicht mehr oder nur sehr wenig arbeiten kann, bekommt in Deutschland unter bestimmten Umständen eine Erwerbsminderungsrente.

Der Bundestag hat Anfang Juni eine Erhöhung der Erwerbsminderungsrente beschlossen. Dafür hatte sich die SPD bereits in den Koalitionsverhandlungen stark gemacht. Denn es geht um die Fairness im Rentensystem: Wer durch gesundheitliche Schicksalsschläge im Verdienst eingeschränkt ist, sollte darunter nicht im Alter finanziell leiden. Und leider führt die zu niedrige Erwerbsminderungsrente oft zu Altersarmut.

Insgesamt werden von den Anpassungen, die wir beschlossen haben, rund drei Millionen Menschen profitieren. Konkret sieht das dann so aus: Wer zwischen Januar 2001 und Juni 2014 in Erwerbsminderung getreten ist, erhält ab Juli 2024 7,5 Prozent mehr Rente. Für diejenigen, die zwischen Juli 2014 und Dezember 2018 erstmalig Erwerbsminderungsrente bezogen haben, gibt es eine Erhöhung der bisherigen Sätze von 4,5 Prozent.

Rentner*innen, die nach 2018 in Erwerbsminderungsrente getreten sind, profitierten bereits von Rentenerhöhungen in der Vergangenheit. Diejenigen, die vor 2001 in die Erwerbsminderungsrente gegangen sind, beziehen ihre Rente ohne Abschläge. Daher fällt die Rente für diese Personengruppe ohnehin höher aus.

SO PROFITIERT FRANKFURT BUNDESHAUSHALT 2022 BESCHLOSSEN

Der Bundeshaushalt 2022 wurde Anfang Juni vom Deutschen Bundestag beschlossen: Mit einem Gesamtvolumen von 495,79 Milliarden Euro wollen wir dieses bereits dritte Krisenjahr in Folge bewältigen und in die Modernisierung des Landes investieren.

Von den Investitionsmitteln im Haushalt wird auch Frankfurt profitieren. Denn es sind gerade die Kommunen, die eine wesentliche Rolle bei der Umsetzung von Klimaschutz oder Wohnungsbau spielen. Dabei unterstützen wir mit hohen Investitionen.

So sieht der diesjährige Bundeshaushalt alleine 790 Millionen Euro für die Städtebauförderung und eine erneute Förderrunde des Programms „Sanierung kommunaler Einrichtungen“ in

Höhe von 476 Millionen Euro vor. Für die Stadt Frankfurt ist außerdem das bereits laufende Investitionsprogramm „Anpassung urbaner Räume an den Klimawandel“ interessant. Dieses ist im Haushalt um 176 Millionen Euro aufgestockt worden.

Seit 2017 sind bereits Bundesmittel in Höhe von 9,6 Millionen Euro für die Städtebauförderung nach Frankfurt geflossen. Die vielen Investitionstöpfe im diesjährigen Haushalt sollten genutzt werden, um die Stadtentwicklung weiter voranzutreiben.

Durch das Bundesprogramm „NEUSTART KULTUR“ wurden bereits zahlreiche Frankfurter Künstler:innen und Kulturinstitutionen finanziell unterstützt, so zum Beispiel die beiden letzten Frankfurter Buchmessen, die Batschkapp Frankfurt, die Brotfab-

rik oder auch der Club Gibson. Mit dem Bundeshaushalt 2022 wird das Programm verstetigt. Die Fördermöglichkeiten von „NEUSTART KULTUR“ werden bis Juni 2023 verlängert. Davon wird Frankfurt als Kulturmetropole profitieren.





PIZZA & POLITIK

Am 28. Juni beteiligte ich mich im Grüneburgpark an der bundesweiten Aktion „Pizza & Politik“ der SPD-Bundestagsfraktion. Ziel dieses innovativen Veranstaltungsformat ist es, mit jungen Leuten ins Gespräch zu kommen und über Politik zu diskutieren. Diese können sich dabei über wichtige Entscheidungen des Bundes-

tags informieren, aber vor allem auch ihre Sicht der Dinge einbringen. Dazu gab es Pizza und Getränke. Es kamen ca. 40 interessierte Jugendliche und junge Erwachsene, die sehr engagiert das ansprachen, was ihnen wichtig ist. Bei Pizza und kalten Getränken ging es um eine große Themenpalette; diese reichte vom Krieg in der Ukraine über den Mindestlohn bis zum Klimaschutz, der Digitalisierung

und vieles mehr. Häufig ging es um sehr konkrete Themen, die das Leben der Betroffenen direkt berühren wie die Situation an den Schulen, den ÖPNV oder die Situation im Frankfurter Bahnhofsviertel. Mir hat dieser Austausch viel Spaß gemacht und ich hatte den Eindruck den Teilnehmer:innen auch. Daher wird das bestimmt nicht die letzte „Pizza & Politik“-Aktion in meinem Wahlkreis gewesen sein.





GESPRÄCH MIT DER KAV

Vor einigen Monaten traf ich mich bereits in Berlin mit einer Delegation der Frankfurter KAV (Kommunale Ausländervvertretung). Kürzlich lud mich nun die KAV zu ihrer Juni-Sitzung in den Römer ein und ich beantwortete viele Fragen der anwesenden KAV-Mitglieder. Natürlich ging es um viele Themen der Bundesgesetzgebung wie bspw. die Ermöglichung einer doppelten Staatsbürgerschaft (ein Vorhaben aus unserem Koalitionsvertrag, das wir im Laufe dieser Wahlperiode umsetzen werden), aber auch um kommunale und Landesthemen.

Dieser Austausch verdeutlichte mir wieder einmal wie wichtig die Repräsentanz von Menschen mit Migra-

tionshintergrund auf allen politischen Themen ist. In Frankfurt betrifft dies immerhin mindestens ein Drittel der Bevölkerung. Ich fand diese Diskussion mit den Mitgliedern der KAV sehr konstruktiv und informativ - und ich glaube, das war es für beide Seiten. Am Ende des Gesprächs haben wir vereinbart, auch weiterhin in Kontakt zu bleiben und den Dialog fortzusetzen.



DOKUMENTATIONSZENTRUM „ZWEITER WELTKRIEG UND DEUTSCHE BESATZUNGSHERRSCHAFT IN EUROPA“

Am 9. Oktober 2020 hat der Bundestag beschlossen, mit der Planung zur Errichtung eines neuen Dokumentationszentrums „Zweiter Weltkrieg und deutsche Besatzungsherrschaft in Europa“ (ZWBE) zu beginnen. Das Dokumentationszentrum soll sich mit der deutschen Besatzungsherrschaft auseinandersetzen, Wissen über die historischen Ereignisse vermitteln und Raum für das Gedenken an die Opfer geben.

Mit der Erstellung des Realisierungsvorschlags wurde das Deutsche Historische Museum (DHM) beauftragt. Das DHM schlägt vor, neben einer ständigen Ausstellung auch ein museumspädagogisches Programm anzubieten. Zudem soll das Dokumentationszentrum den zentralen Auftrag erhalten, die Erforschung der Geschehnisse in den besetzten Ländern, der Schicksale der Opfer sowie der Ideologie der Täter weiter voranzubringen. Das Zentrum soll sich dabei in die Gedenkstättenlandschaft im Berliner Raum einfügen und mit bestehenden Institutionen zusammenarbeiten. Durch die Errichtung des Dokumentationszentrums soll die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit weiter vertieft und eine Lücke in der Erinnerungskultur geschlossen werden. Über die Unterrichtung der Bundesregierung zum Realisierungsvorschlag wurde jetzt im Juni im Bundestag erstmalig beraten. Für uns Sozialdemokraten ein sehr wichtiges Thema!

MEIN PRAKTIKUM BEI ARMAND ZORN

Zwei Wochen lang war ich als Schülerpraktikant im Büro des SPD Bundestagsabgeordneten Armand Zorn. Hier konnte ich Plenarsitzungen besichtigen, Ausschüsse besuchen und den Deutschen Bundestag mit all seinen verschiedenen Gebäuden erkunden. Durch den Hausausweis, welcher mir organisiert wurde, stehen mir alle Türen im Bundestag offen. So konnte ich die Kuppel, die unterirdischen Gänge und den Plenarsaal besichtigen, in welchem ich sogar eine Debatte besuchen durfte. Der Presseausweis gab mir Zutritt zur Pressetribüne, auf welcher ich sowohl Fotos mit meinem Handy als auch mit einer professionellen Kamera schießen konnte.

Vor meinem Praktikum bei Armand hatte ich zwar bereits eine Vorstellung davon, wie der Deutsche Bundestag nach außen hin funktioniert, die wirklichen Tagesabläufe und Termine lernte ich allerdings erst hier vor Ort kennen. So unterschätzte ich zum Beispiel die Menge an Arbeit, die ein Abgeordneter und sein Team zu bewältigen haben. Das hat mir vor allem

die Plenarsitzung verdeutlicht, die ich besucht habe. Diese können durchaus von neun Uhr morgens bis 01:20 in der Nacht verlaufen. Allerdings hat mich das auch beeindruckt, da es mir gezeigt hat, dass engagierte Leute wie Armand hart arbeiten, um etwas in diesem Land zu verändern.

Als Praktikant wird einem selbst auch nie langweilig, da es regelmäßige Termine gibt, die man besuchen kann. Außerdem gibt es viele interessante Aufgaben, wie zum Beispiel recherchieren, inhaltliche Texte schreiben und beim Designen der Website helfen. Zudem erscheint jeden Monat ein neuer Newsletter, durch welchen auch viel Arbeit entsteht, wie zum Beispiel Bilder für die einzelnen Berichte rauszusuchen, Unterschriften für das Inhaltsverzeichnis schreiben und Korrektur lesen. Und falls einem dann trotzdem mal langweilig werden sollte, nimmt man sich seinen Hausausweis und macht einen Spaziergang durch das Regierungsviertel.

Eine weitere spannende Entdeckung waren die prominenten Begegnungen in den Gängen des Bundestages.

Gerade in Sitzungswochen bin ich hin und wieder einer mir bereits aus dem Fernsehen, der Zeitung oder den sozialen Medien bekannten Person über den Weg gelaufen. Darüber hinaus sind die Gebäude an sich sehr beeindruckend, da sie alle ihre eigene Geschichte haben. Mir wurde klar was für ein besonderer und wichtiger Ort der Bundestag ist, und wie dankbar ich sein kann die Chance zu kriegen einen Blick hinter die Kulissen zu werfen.

Thees Ruhrmann



Hier ein Bild, das ich von Armands Rede gemacht habe

Armand Zorn on tour

**Bürger:innen
Dialog vor Ort
Juli 2022**



TERMINE

Ich hatte im Wahlkampf schon gesagt, dass ich ein „Abgeordneter zum Anfassen“ sein möchte. Denn der Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises ist mir sehr wichtig. Deshalb mache ich auch außerhalb von Wahlkampfzeiten regelmäßig Infostände in allen Stadtteilen meines Wahlkreises, bei denen jede*r, der/die Interesse hat, mich persönlich kennenlernen und mit mir ins Gespräch kommen kann.

Eine erste „Wahlkreistour“ habe ich bereits im Frühjahr gemacht. Es kam dabei zu einer ganzen Reihe interessanter Gespräche und Kontakte. Im Juli bin ich wieder unterwegs in unserem Wahlkreis (und das wird auch nicht das letzte Mal in diesem Jahr sein). Hier kann man mich im Juli treffen und mit mir ins Gespräch kommen; die Termine stehen auch auf [meiner Homepage](#).



Gutleutviertel	11. Juli 15:30 - 17:00	Speicherstraße / Ecke Zanderstraße
Eschersheim	11. Juli 18:00 - 20:00	Platz Am Weißen Stein
Nordweststadt	12. Juli 13:00 - 15:00	NW-Zentrum, vor Telekom Shop
Rödelheim	13. Juli 16:00 - 18:00	Arthur-Stern-Platz
Bockenheim	14. Juli 14:00 - 16:30	Leipziger Str. / Adalbertstr.
Westend	14. Juli 17:00 - 19:00	Grüneburgweg / Siesmayerstraße
Heddernheim	15. Juli 12:30 - 13:30	Nassauer Straße, am U-Bahnabgang
Zeilsheim	15. Juli 14:00 - 15:30	Pfaffenwiese / Bechtenswaldstraße
Gallus	15. Juli 16:00 - 17:30	Schwalbacher Str. / Ecke Frankenallee
Praunheim	16. Juli 10:00 - 11:30	Alt-Praunheim 48

“ Liebe Grüße aus
Berlin und bis zum
nächsten Monat!



Armand Zorn

Digital Experte und Vorstandsmitglied
der Frankfurter SPD

TV-TIPP: DIGITAL EMPIRE

ZDFzoom hat eine spannende Doku über die Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz und Algorithmen auf unser Leben gedreht. Dabei wurde ich unter anderem zum

großen Diskriminierungspotential dieser wachsenden Technologien gefragt und was die Politik dagegen machen kann.

Bei Interesse, können sie den [Doku-film bei ZDFzoom online anschauen](#).

AKTUELLE STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Wahlkreisbüro, Frankfurt: **Studentische*n Mitarbeiter*in** (15-20 Stunden) - [PDF-Link](#)

Berliner Büro: **Wissenschaftliche*n Mitarbeiter*in für die Themen Digitales und Nachhaltigkeit** (Vollzeit) - [PDF-Link](#)

Berlin & Frankfurt: **Potenzielle Praktikant*innen** können sich gerne einfach [per Email](#) mit Lebenslauf bei mir melden

IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 75492
Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra erwähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt
Erscheinungsjahr: 2022

Armand Zorn im Web

